

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung

Hessisches Kommunales Schutzschirmgesetz (Schutzschirmgesetz - SchuSG)

Vorlage des Magistrats

- 101.17.494 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. „Der Antrag auf Entschuldungshilfe nach § 1 Abs. 1 und die Anträge auf Zinsdiensthilfen, nach § 1 Abs. 3 Satz 2 und Abs. 4 Satz 1 des Schutzschirmgesetzes werden gestellt.
2. Der Magistrat wird ermächtigt, bis zum Ablauf der vom Land Hessen vorgesehenen Frist (29. Juni 2012) entsprechende Anträge zu stellen, antragsbegründende Unterlagen beizufügen und die Verhandlungen mit dem Land Hessen über die abzuschließende Vereinbarung zu führen.
3. Der Magistrat wird beauftragt Optionen für die Realisierbarkeit eines tragfähigen Konsolidierungskonzeptes zu prüfen, um mittelfristig ein ausgeglichenes ordentliches Jahresergebnis zu ermöglichen.
4. Der Stadtverordnetenversammlung wird die Vereinbarung mit Land Hessen über die Inanspruchnahme der Entschuldungshilfe zur Beschlussfassung vorgelegt.“

➤ Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Vorlage wird wie folgt geändert:

Folgender Punkt ist als neue Ziffer 1 in den Beschlusstext aufzunehmen:

1. Es wird festgestellt, dass die vom Land Hessen beschlossene Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs um 350 Millionen Euro für die Stadt Kassel eine Reduzierung der Schlüsselzuweisungen um 15 - 20 Millionen Euro jährlich bedeutet. Die Teilnahme am Kommunalem Schutzschirm kann diese Verschlechterung der Finanzausweisung nicht kompensieren.

Ziffer 3 alt des Beschlusstextes wird wie folgt ergänzt:

3. Der Magistrat wird beauftragt Optionen für die Realisierbarkeit eines tragfähigen Konsolidierungskonzeptes zu prüfen, um mittelfristig ein ausgeglichenes ordentliches Jahresergebnis zu ermöglichen. **Hierbei soll der Weg der positiven wirtschaftlichen Entwicklung nicht verlassen und die Attraktivitätssteigerung der letzten Jahre, insbesondere in der Familienfreundlichkeit, der Stärkung des Kultur-, sowie des Bildungs- und Hochschulstandortes Kassel, fortgeführt werden.**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, Piraten, Stadtverordneter Häfner

Ablehnung: CDU, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Abschnitt 1 des gemeinsamen Änderungsantrages der Fraktionen der SPD und B90/Grüne zum Antrag des Magistrats betr. Hessisches Kommunales Schutzschirmgesetz (Schutzschirmgesetz - SchuSG), 101.17.494, wird **zugestimmt**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, Piraten, FDP, Stadtverordneter Häfner

Ablehnung: Kasseler Linke

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Abschnitt 2 des gemeinsamen Änderungsantrages der Fraktionen der SPD und B90/Grüne zum Antrag des Magistrats betr. Hessisches Kommunales Schutzschirmgesetz (Schutzschirmgesetz - SchuSG), 101.17.494, wird **zugestimmt**.

➤ **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Beschlusstext wird ergänzt:

5. Bis zur endgültigen Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung berichtet der Magistrat über die aktuellen Inhalte der Verhandlungen in jeder Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, Piraten

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Stadtverordneter Häfner

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke zum Antrag des Magistrats betr. Hessisches Kommunales Schutzschirmgesetz (Schutzschirmgesetz - SchuSG), 101.17.494, wird **abgelehnt**.

➤ **Änderungsantrag der Piraten-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlusstext, unter Ziffer 3 soll zusätzlich aufgenommen werden
„Der Magistrat wird beauftragt Optionen für die Realisierbarkeit eines tragfähigen Konsolidierungskonzeptes zu prüfen, um mittelfristig ein ausgeglichenes ordentliches Jahresergebnis zu ermöglichen **und diese Optionen vor Beginn der Verhandlungen mit der Landesregierung der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.**“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, Piraten

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Stadtverordneter Häfner

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Änderungsantrag der Piraten-Fraktion zum Antrag des Magistrats betr. Hessisches Kommunales Schutzschirmgesetz (Schutzschirmgesetz - SchuSG), 101.17.494, wird **abgelehnt**.

➤ **Durch gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne geänderter Antrag des Magistrats**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. **„Es wird festgestellt, dass die vom Land Hessen beschlossene Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs um 350 Millionen Euro für die Stadt Kassel eine Reduzierung der Schlüsselzuweisungen um 15 - 20 Millionen Euro jährlich bedeutet. Die Teilnahme am Kommunalen Schutzschirm kann diese Verschlechterung der Finanzzuweisung nicht kompensieren.**
2. Der Antrag auf Entschuldungshilfe nach § 1 Abs. 1 und die Anträge auf Zinsdiensthilfen, nach § 1 Abs. 3 Satz 2 und Abs. 4 Satz 1 des Schutzschirmgesetzes werden gestellt.
3. Der Magistrat wird ermächtigt, bis zum Ablauf der vom Land Hessen vorgesehenen Frist (29. Juni 2012) entsprechende Anträge zu stellen, antragsbegründende Unterlagen beizufügen und die Verhandlungen mit dem Land Hessen über die abzuschließende Vereinbarung zu führen.
4. Der Magistrat wird beauftragt Optionen für die Realisierbarkeit eines tragfähigen Konsolidierungskonzeptes zu prüfen, um mittelfristig ein ausgeglichenes ordentliches Jahresergebnis zu ermöglichen. **Hierbei soll der Weg der positiven wirtschaftlichen Entwicklung nicht verlassen und die Attraktivitätssteigerung der letzten Jahre, insbesondere in der Familienfreundlichkeit, der Stärkung des Kultur-, sowie des Bildungs- und Hochschulstandortes Kassel, fortgeführt werden.**
5. Der Stadtverordnetenversammlung wird die Vereinbarung mit Land Hessen über die Inanspruchnahme der Entschuldungshilfe zur Beschlussfassung vorgelegt.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, Piraten, FDP, Stadtverordneter Häfner
Ablehnung: Kasseler Linke
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem durch Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne geänderten
Antrag des Magistrats betr. Hessisches Kommunales Schutzschirmgesetz
(Schutzschirmgesetz - SchuSG), 101.17.494, wird **zugestimmt**.

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Schmidt
Schriftführerin